

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenburg RM. 1.50.  
Durch die Post ins Orts- und Ober-  
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-  
ländischen Verkehre RM. 1.60 mit  
Postgebühren. Preise freibleibend.  
In allen höheren Bezirken besteht  
ein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückerstattung  
des Bezugpreises.  
Bestellungen nehmen alle Post-  
ämter, sowie Agenturen und  
Kaufmännereien jederzeit entgegen.  
Gemeindepächter N. 4.  
Bestellte Nr. 24 bei der Oberamts-  
Cassette Neuenburg.

# Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Bisfinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Bisfinger in Neuenburg.

Nr. 71

Samstag den 25. März 1933

91. Jahrgang

### Die Neuordnung der Fettwirtschaft

Drosselung der Auslandsfette — Kontingentierung und Ausgleichsabgabe für Margarine  
Fettkarte für Minderbemittelte

Berlin, 24. März. (Conti-Meld.) Nach einer im heutigen Reichsanzeiger veröffentlichten Verordnung wird der Zoll für Margarine ufm. von 30 auf 77 Reichsmark je Doppelzentner erhöht, der Zoll für Butter von 60 RM. nach dem Oberzoll entfällt damit. Der Zoll für Margarineöl ufm. beträgt ebenfalls eine Erhöhung von 30 auf 75 RM. je Doppelzentner. Der Zoll für Kunstschmelzfett beträgt in Zukunft 75 Reichsmark anstatt bisher 12.50 RM. Die Verordnung tritt mit dem 29. März 1933 in Kraft.

Berlin, 24. März. Der große Plan für die Ordnung der Fettwirtschaft ist nunmehr von der Reichsregierung verabschiedet worden. Der Reichspräsident hat die Notverordnung, durch die das Gesetzgebungsorgan in Kraft gesetzt wird, unterzeichnet. Die schrittweise Verwirklichung des Planes wird zu einer Befreiung der unerträglich gewordenen Lebensbedingungen auf dem Lande, und damit zur Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten in allen Wirtschaftszweigen führen. Der Plan geht von der Erkenntnis aus, daß die deutsche Fettproduktion (Butter, Schmalz, Talg) in härtestem Maße unter dem Druck der Einfuhr ausländischer Fette jeglicher Art steht. Auslandsfette soll deshalb von deutschen Märkten zurückgedrängt und durch deutsche Fette ersetzt werden.

Zunächst wird die Erzeugung von Margarine, die fast ausschließlich aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wird, und deren Produktionsstätten zu einem sehr erheblichen Teil im Besitz internationalen Finanzkapitals sind, auf 60 Prozent des bisherigen Umlaufes beschränkt.

In gleicher Weise wird gegen alle für die Margarine in Frage kommenden Erzeugnisse vorgegangen. Auf diesem Wege wird Raum für die hochwertigen deutschen Fette wie Butter und Schmalz geschaffen. Zur Sicherung dieses Zieles wird nach der Art des Rindfleischgesetzes ein

#### Monopol für Cole und Fette

errichtet. Ferner werden Oelfrüchte, Oelfrüchte und Oelkuchen in das bestehende Rindfleischmonopol einbezogen. Eine Besteuerung der Oelfrüchte wird bei den gegenwärtigen Milch- und Butterpreisen nicht erfolgen.

Außerdem enthält das Gesetz noch besondere Ermächtigungen zur Regelung der Herstellung von Margarine. Diese betreffen insbesondere die Verwendung von Fettstoffen, Butteraroma und Konservierungsmittel bei der Margarineherstellung und die Einführung eines Kennzeichnungsmaßes für die verwendeten Margarine-Rohstoffe. Hierzu kommen noch Ermächtigungen für den Ernährungsminister, die das Recht geben, in die Preisgestaltung der Margarine (Preise und Handelspannen) einzugreifen, einen Lieferzwang bestimmter Sorten zu verordnen usw. Diese letzten Bestimmungen dürften jedoch im wesentlichen vorbeugenden Charakter haben und bei loyalem Verhalten der Margarineindustrie wenig zur Anwendung gelangen.

Schließlich wird eine Ermächtigung zur Einführung eines

Verwendungsmaßes von inländischem Talg bei der Herstellung von Seifen und Lichtern geschaffen.

Den Verbrauchern werden keine untragbaren Opfer zugemutet. Für die von der Not besonders schwer Betroffenen wird gleichzeitig eine umfassende Aktion zur Verbilligung der Fette eingeleitet. Um die hierfür erforderlichen Mittel zu beschaffen, sollen die Margarine- und deren Ersatzfette einer Ausgleichsabgabe unterworfen werden. Dadurch wird gleichzeitig verhindert, daß die durch die vorgesehene Maßnahmen eintretende Verteuerung der Margarine, Kunstschmelzfette usw. der Margarineindustrie zugutekommen.

Die notleidenden Teile des Volkes werden ihren Fettbedarf also auch in Zukunft im wesentlichen zu den bisherigen Preisen decken können. Im übrigen war der Rückgang der Fettpreise in den letzten Jahren wesentlich stärker als die Verminderung der Einkommen unserer Bevölkerung. Die Fettpreise gingen um mehr als 50 Prozent, die Einkommen seit dem Höchststand nach den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung dagegen nur um 26-34 Prozent, die gebundenen Preise (Kartellpreise) sogar nur um 18 Prozent zurück.

Die getroffenen Entscheidungen sind auch wehrpolitisch von besonderer Bedeutung. Infolge der falschen Agrarpolitik der letzten 14 Jahre deckt die deutsche Landwirtschaft unseren Fettbedarf nur noch zu etwa 40 Prozent. Diese Abhängigkeit bildet eine weitere Verfestigung darin, daß die deutsche Buttererzeugung mit einem Verbrauch von 2,5 Millionen Tonnen einjähriger Futtermittel zu einem erheblichen Teil auf ausländischer Futtermittelbasis beruht.

Unsere Abhängigkeit in der Fettversorgung vom Ausland ist mit einer Jahreseinfuhr von fast 700 Millionen RM. gegenwärtig so ungeheuer, daß im Ernstfall unser Volk binnen kurzer Zeit in schwerste Not gebracht werden könnte. Das neue Fettprogramm wird auch hier Wandel schaffen.

Das Vorgehen gegen die Fetteinfuhr trifft zum weitaus überwiegenden Teile Länder, denen gegenüber unsere Handelsbilanz stark passiv ist.

Berlin, 24. März. (Conti-Meld.) Vor Vertretern der Presse erläuterte Staatssekretär v. Rohr das neue, von der Reichsregierung verabschiedete Gesetz zur Ordnung der Fettwirtschaft, das den Beginn der Agrarpolitik und der wirtschaftlichen nationalwirtschaftlichen Politik der Nationalregierung darstellt. Alle Versuche, diesen ersten wirtschaftlichen Anfang zum Programm der nationalen Regierung zu sabotieren, werde die Reichsregierung mit unerbittlicher Schärfe bekämpfen. Im einzelnen bemerkte Staatssekretär v. Rohr, daß die gesamte ausländische Fetteinfuhr durchweg mit einem Zoll von 25 Bq. pro Pfund belastet werden solle. Hierdurch werde der Reichsbesitz ein außerordentlich hoher Betrag zuzuführen, der ausschließlich dafür verwendet werden solle, um den Minderbemittelten in Form einer Karte die Verbilligung ihres Fettbezuges zu veranlassen. Mit dieser Karte soll den ärmeren Schichten eine Art Gutschein gegeben werden, wofür diese jede beliebige Menge von jeder Fettart kaufen können. Auf diese Weise wird die ärmeren Bevölkerung die Verteuerung der Produkte so wenig wie möglich zu spüren bekommen.

der nächsten Woche zusammen und es ist anzunehmen, daß die endgültige Verabschiedung der Verordnung über die Befreiung der Betriebe (Betriebsrätegesetz) und der Verordnung über die wirtschaftlichen Vereinigungen erst Mitte der nächsten Woche erfolgen kann.

### Die Gründe gegen Dr. Gereke

Berlin, 24. März. Die Pressestelle des preussischen Staatsministeriums teilt mit: Donnerstag nachmittag sprachen Minister a. D. v. Keudell und Ministerialrat Schellen, beide Vorstandsmitglieder des Deutschen Landgemeindetages der Weizsäcker von Baden vor und erklärten, daß nachprüfungen ergeben haben, daß Dr. Gereke, der seinerzeit auf Veranlassung des früheren Reichskanzlers von Schleicher zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt worden ist, seit dem Jahre 1924 Untersuchungen in Höhe von 12 Millionen Mark vorgenommen habe. Ministerialrat v. Baden machte unüberhörlich und pöbelgemäß dem Herrn Reichskanzler davon Mitteilung mit der Bitte, die notwendigen gesetzlichen Schritte einzuleiten.

In gut unterrichteten Kreisen erfährt das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsbesitzer über die plötzliche Verhaftung des Dr. Gereke noch folgende Einzelheiten: Dr. Gereke hatte am Donnerstag mit den Mitgliedern des Reichstagskabinetts an der Reichstagsführung teilgenommen und hatte sich nach Schluß der Sitzung in seine Amtsräume des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung zurückgezogen. Er wurde aus diesen Arbeitsräumen heraus verhaftet. Bis zur endgültigen Regelung führt Ministerialrat Kapf die Geschäfte des Reichskommissars.

Wenn auch angefangen der noch schwebenden gerichtlichen Untersuchung Einzelheiten über die gegen Gereke erhobenen Vorwürfe nicht gesagt werden können, wird doch bekannt, daß das Vergehen sehr schwerwiegende Tatsachen gegen Gereke nicht zu bezweifeln sei. Die Anklagepunkte lägen einwandfrei fest. Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß Gereke schwere strafrechtliche Vergehen begangen habe, deren Vermeidung einige Jahre zurückzuführen und die sich bis in die jüngste Vergangenheit erstrecken.

### Anzeigenpreis:

Die einseitige Dreizeile oder deren Raum 25 Rpf., Kellamergeld 50 Rpf., Kollektivanzeigen 100 Prozent Zuschlag. Offerte und Anzeigenerteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle von Mahnerfahren einfügig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenburg. Für teile Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

### Politische Wochenschau

Das deutsche Hochamt in Potsdam — Zur legalen Diktatur „Die nationale Revolution geht weiter“ — Umschau in der Weltpolitik

Diese Woche wird vollkommen überstrahlt von der Frühlingssfeier des Dritten Reiches, von dem deutschen Hochamt in der Potsdamer Gottesburg der Nation. Von diesem Tage wird man noch sagen und sagen in Zeiten, wo alles andere, was in diesem Rückblick zu verzeichnen ist, der geschichtlichen Vergessenheit anheimgefallen sein wird. Wenn man dem großen Ereignis in der Potsdamer Garnisonkirche auf den Grund geht, so wird man als seinen Sinn feststellen müssen, daß der treue Eckhard der Nation, der große Feldmarschall und Reichspräsident, den Führer des revolutionären nationalsozialistischen Deutschland auf den Geist Friedrichs des Großen vereidigen wollte, als er die Macht, die Verantwortung und die Führung bei der Gestaltung des neuen Deutschland in seine Hände legte. Aus der Zustimmung Hindenburgs zu dem Ermächtigungsgesetz, durch das sich der Reichspräsident höchst bedeutender Machtbefugnisse entäußert und durch das er dem Reichskanzler Adolf Hitler Vollmachten in einem Ausmaß überträgt, wie sie seit Jahrhunderten kaum einem Monarch auf deutschem Boden ausübten konnte, wird die Bedeutung der Stunde in Potsdam klar herausgehoben. Die Staatsidee des heiligen römischen Reiches deutscher Nation ist nun erst endgültig preisgegeben. Das neue Reich will ein den ganzen deutschen Lebensraum umfassender Einheitsstaat auf durchaus vollhafter Grundlage und unter Führung einer höchsten, im Volkstobden wurzelnden Autorität werden. Das ist etwas ganz Neues seit dem Beginn der deutschen Geschichte. Wer die Bezeichnung einer Revolution für diesen Umsturz ablehnt, weil er sich an die äußerlichen Merkmale einer Volksmehrheit und einer qualifizierten Parlamentarismehrheit für das Ermächtigungsgesetz hält, der hat die gewaltige Bedeutung dieses deutschen März noch nicht erkannt. Nicht darauf kommt es an, ob ein Umsturz mehr oder weniger unter den Begleiterscheinungen der Legalität zu standekam, sondern wie tief und durchgreifend er sich darstellt.

Die ganze unerhörte Bedeutung dieses Umstuzes werden viele wohl erst erkennen, wenn die von dem neuen Führer errungenen Machtvollkommenheiten zur praktischen Geltung gebracht werden. Die Männer, die der revolutionären Bewegung die Impulse gegeben haben, sprachen es am Tage von Potsdam mit aller Klarheit aus, daß sie sich durchaus nicht in der Stimmung der Feiern und der Jubelstunden herauschen wollen. Sie verweisen auf das Wort, daß alle Ärgernisse der Sklaverei verdient, die wirklich in solcher Siegesstimmung verfaßt. Darum war es durchaus nicht angebracht, wenn eine vorläufige Opposition dem Feiertage der Nation die nun folgende Arbeit des großen Alltags so gegenüberstellte, daß der Zweifel an dem Gelingen deutlich zwischen den Worten zu erkennen war. Gerade, weil das ungeheuerliche Ausmaß der Aufgabe des Aufbaus auf den hinterlassenen Trümmern sich klar vor den Augen der neuen Männer abhebt, darum wurden diese weitgehenden Vollmachten gefordert. Der Reichspräsident wird künftig härter in den Hintergrund treten, nachdem er wichtige Funktionen der Gesetzgebung an Adolf Hitler abgeben hat. Er wird nicht mehr belastet sein mit der Verantwortung für alles tagepolitische Geschehen. Nicht das Parlament, nicht die Vertreter der Länder im Reichsrat und schließlich auch nicht die Bischöfe der Verfassung können künftig Hitler hindern, zu tun, was er für richtig und notwendig hält. Es ist eine legal errichtete, aber vollkommene Diktatur, die jetzt das Schicksal Deutschlands zu bestimmen hat. Welche Wege die neue Regierung im Einzelnen zu gehen gedenkt, das konnte Hitler natürlich dem Parlament noch nicht verraten. Wenn er sich darüber mit dem Reichstag hätte auseinandersetzen wollen, hätte er seine Generalsvollmacht zu fordern brauchen. Die Ziele sind in großen Zügen umrissen.

Eines der Ziele heißt „Fortführung der nationalen Revolution“. Das hat Göring in seiner Eröffnungsrede im Reichstag ausgesprochen. Aus dem nationalsozialistischen Lager hat man viele Stimmen gehört, nach denen die nationale Revolution zur nationalsozialistischen Revolution werden soll. Die Vorgänge und Stimmungsspannungen, die sich um die Eröffnung des preussischen Landtags gruppierten, weisen auf den Willen mächtiger Teile der nationalsozialistischen Partei hin, das neue Deutschland politisch, sozial und kulturell allein aus dem Geiste der Bewegung Hitlers zu gestalten und ausschließlich gestützt auf sie die heilige Einheit der Nation zu gestalten. Der nationalsozialistische Fraktionsführer in Preußen, der Abgeordnete Kube, hat jedes Kompromiß nach dieser Richtung auch mit den Bundesgenossen abgelehnt. Er weist es auch für sich verständlich an, daß er die Führung in Preußen einem Staatsmann übertragen zu sehen wünschte, der nicht dem Kommando Hitlers direkt unterstehe. Die Trauenerklärung, mit der man angefangen solcher Vorkommnisse immerhin rechnen muß, darf nicht verkannt werden.

Es war zu erwarten, daß die Front der Versailles-Mächte, also in erster Linie Frankreich und Polen, alles versuchen würde, um gegen die siegreiche deutsche Revolution eine neue Deutschlande zu entfalten. Vorübergehend redeten selbst englische Zeitungen von der Gefahr eines neuen Weltkrieges. England aber braucht Frieden, wie Deutschland und Italien Frieden braucht. Es sollte daher nicht zu schwer sein, diese drei Mächte zu dem tatsächlichen Zwecke zusammenzuführen, den europäischen Frieden zu sichern. Macdonalds Abrüstungsversprechen, der Deutschland zwar 200 000 Mann zubilligt, ihm jedoch die Flieger- und U-Bootwaffe vorenthält und dafür Deutschland vom 500 000 Mann-Heer der Franzosen, Polen und Tschechen umklammert lassen will, kann diesem so notwendigen Frieden nicht dienen. Ernster zu nehmen ist dagegen Mussolinis Vorschlag eines zehnjährigen Friedenspaktes auf

### Gesetz über Todesstrafe für politische Verbrecher

Berlin, 24. März. (Conti-Meld.) Wie wir erfahren, hat in der Ministerbesprechung zunächst Reichsminister Eugenberg im Namen des Kabinetts dem Reichskanzler ausdrücklich für die erfolgreiche Arbeit gedankt, die zu der Annahme des Ermächtigungsgesetzes führte, und namentlich auch für die großartige politische Leistung, die der Kanzler in seinen beiden gestrigen Reichstagsreden vollbracht hat. Die Ministerbesprechung beschäftigte sich ferner mit einigen politischen Fragen: an erster Stelle stand dabei die Gleichstellung der Volksvertretungen von Reich, Ländern und Gemeinden; außerdem erwähnt das Kabinett ein besonders Gesetz über die Abhebung politischer Straftaten, in dem vor allem die Anwendung der Todesstrafe für politische Verbrechen geregelt wird, unter Umständen soll auch die Todesstrafe durch Erhängen eingeführt werden.

### Ermächtigungsgesetz in Kraft

Berlin, 24. März. Das vom Reichstag und vom Reichsrat mit der erforderlichen Mehrheit angenommene Ermächtigungsgesetz ist, wie das Nachrichtenbüro des VdZ erfährt, noch am Freitag früh vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden, am Freitag selbsttags in der Gesetzesammlung abgedruckt worden und damit in Kraft gesetzt. Staatsrechtlich ist damit vor allen Dingen die wichtige Änderung herbeigeführt worden, daß die Regierung nicht nur ohne Reichstag und Reichsrat Gesetze schaffen und in Kraft setzen kann, sondern daß sie auch nicht der Unterschrift des Reichspräsidenten für die Vollziehung von Gesetzen bedarf.

### Weitere Beratung der neuen Sozialverordnungen

Berlin, 24. März. (Conti-Meld.) Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die beiden sozialpolitischen Verordnungen, mit denen sich die Reichsregierung heute mittag beschäftigt hat, nun zunächst im Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts weiterbehandelt werden. Der Ausschuß tritt Anfang







